

# NEUSTADT-KURIER



10. Ausgabe

Meinungen  
Informationen  
Perspektiven



Oktober 1988

## Frau und Politik

Die Frauen-Union Neustadt macht sich Gedanken über die nächsten Kommunalwahlen 1990 und die aufzustellende Kandidatenliste. Mit Interesse wurde verfolgt, daß die SPD-Frauengruppe in Neustadt 10 (i. W.: zehn) Frauen aufstellen möchte. Das kommt dem Streben der Frauenbewegung auf eine prozentual entsprechende Vertretung von 52% der Wähler (= Frauen) entgegen. Die Frage ist jedoch, ob es wirklich so einfach ist einen Prozentschlüssel aufzustellen. Sollen sich Frauen abzählen lassen, nur weil sie Frauen sind? Wie muß sich eigentlich eine „Kandidatin“ fühlen, wenn sie sich vorhalten lassen muß, daß sie nicht wegen ihrer Leistung, sondern alleine wegen ihres Geschlechtes aufgestellt worden ist?

Sicher werden auch manche Männer, die aufgestellt werden möchten, oder aber ihren Stadtratssitz gerne behalten wollen, aufheulen. Dann wird es wohl heißen: „Bisher haben wir die Arbeit gemacht, jetzt sollen wir eine Quotenregelung Platz machen?“. Irgendwie muß man diesen bewährten Männern dann wohl auch Recht geben. Sicher, ohne Frauen geht es nicht. Die Frauen, die sich für eine Kandidatur im Stadtrat bewerben, werden sich aber ihren Platz erkämpfen müssen. Sie werden nicht auf Grund einer Quotenregelung, sondern ganz einfach durch überzeugende Leistung den Platz erkämpfen. Sie müssen halt auch Erfolge nachweisen und im Einsatz für den Bürger, für bestimmte Gruppen und auch ihre Partei zeigen, daß sie geeignet sind eine solche Kandidatur zu erlangen. Keinesfalls darf auch vergessen werden, daß eine Frau neben ihrer politischen Arbeit Familie, Beruf und Haushalt in Einklang zu bringen hat. Nur wer eine solche Koordination erfolgreich meistern kann, wird bei der Vergabe von Listenplätzen aussichtsreich plazierte werden können.

Die Frauen-Union Neustadt hat diese grundsätzlichen Überlegungen in mehreren Versammlungen abgeklärt und festgelegt, daß man der CSU anbieten wird mit 5 Frauen die Liste für die nächste Stadtratswahl 1990 zu besetzen. Die Mutter-Partei in Neustadt hat bereits ihre Zustimmung für diese maßvollen Überlegungen übermittelt und zugesagt, daß die Liste gemeinsam beraten und aufgestellt werden wird.

- 10 -

## Jugend beim Club



Eine ehrenvolle Einladung erhielt die Jugendblaskapelle Neustadt. Sie darf am 22.10.1988 anlässlich des Bundesliga-Spiels des 1. FC Nürnberg - Bayer Leverkusen das Vorprogramm vor dem Spiel und die Halbzeitunterhaltung übernehmen. Mit dem Jugendblasorchester Neustadt hat nunmehr erst die zweite Kapelle aus dem Coburger Raum diese ehrenvolle Einladung erhalten. Selbstverständlich

ist es für die Jugendlichen ein großer Anreiz, unter der Leitung ihres Dirigenten Herbert Hein vor einer so großen Kulisse zu spielen. Eine Reihe von Freunden und Gönnern des Vereins haben ihre Mitfahrt zugesagt, so daß sicherlich eine stattliche Anzahl von Neustadter Fans das Jugendblasorchester begleiten wird. Wir wünschen dem Orchester viel Erfolg und ein spannendes Fußballbundesligaspiel!

## Jagdszenen in Neustadt

Die Gestaltung des Marktplatzes ist nach Aussage der Neustadter Zeitung für viele Auswärtige zum „Mekka der Stadterneuerung“ geworden. Doch gibt es immer noch Probleme, die von der CSU-Stadtratsfraktion schon frühzeitig erkannt worden waren, aber von der Stadtratsmehrheit so nicht akzeptiert wurden. Ein wichtiger Punkt, der bis heute nicht gelöst ist, ist die Forderung der CSU, weitere Parkplätze auf dem Markt zu schaffen. Man warnte damals vor der ersatzlosen Beseitigung von ca. 50 Parkplätzen im Innenstadtbereich. Die Folgen sind heute deutlich sichtbar: Die Jagd nach einem Parkplatz!

Kreisende Fahrzeuge, die die Blechlawine auf dem Marktplatz vergrößern, drehen ihre Runden in einem verkehrsberuhigten Bereich - ein untragbarer Zustand! Wenn dann aus Verzweiflung oder Zeitnot eine weitere Parkreihe in der Mit-

te des Marktplatzes aufgestellt oder aber in den Nebenstraßen geparkt wird, geht die Jagd weiter: Nur schnell, sonst ist die Polizei zur Stelle! Sicher, die Polizei muß eingreifen, weil auf Grund eines verfehlten Konzeptes der Stadt die Polizei zum Handeln gezwungen ist: Der Bürger muß es ausbaden!

Die Verkehrsverhältnisse stellen sich auch so dar, daß der Fußgänger auf dem Marktplatz nicht sein entsprechendes Recht gefunden hat. Bei 7 km/h zulässiger Geschwindigkeit (kaum Tachoanzeige!) sind 20 bis 30 km/h, die dort oft gefahren werden, zu viel: Die Überschreitung um das 3-fache und mehr entspricht einer Situation, wenn jemand z. B. mit 150 Sachen durch Haarbrücken fahren würde. Es ist also fraglich, ob dieses Konzept auf dem Marktplatz und den angrenzenden Straßen aufrechterhalten werden kann!

- 3 -



## Neustadter Jugend - unzufrieden?

Es war zumindest ein gut gemeinter Versuch, daß der Stadtverband der Neustadter Jugend am 9./10. September einen Stadtjugendtag durchführte. Nach einer Podiumsdiskussion, die allerdings schon unter fehlenden Jugendlichen litt, kam es dann am Samstag zu einer großen öffentlichen Darstellung von einigen Neustadter Verbänden. Erfreulich, daß neben ASB, Pfadfindern, verschiedenen evangelischen Jugendgruppen, Falken und Kolpingjugend auch die JUNGE UNION aktiv an diesem Tag teilnahm. Einen besonderen Akzent erhielt dieser Tag durch die Fragebogenaktion, speziell an Neustadter Jugendliche. Die JUNGE UNION hatte in sechs verschiedenen Fragen die Jugendlichen gebeten, zu der Situation in Neustadt aus ihrer Sicht Stellung zu nehmen. Nur 20% der befragten Jugendlichen waren mit dem Freizeitangebot in Neustadt zufrieden, dies trotz Freizeitzentrum, Frei- und Hallenbad, Frankenhalle und anderen städtischen Einrichtungen. 72% der Jugendlichen fanden das Angebot nicht zufriedenstellend.

Bei der Frage was besonders fehle, kristallisierte sich ein Renner heraus: Ein Kino wurde von 93% der Jugendlichen vermißt. Auch eine ordentliche Disco wurde



Nicht nur die Fragebogenaktion, auch die angebotenen Werbemittel der JU Neustadts fanden guten Absatz anlässlich des Jugendtages. Der Vorsitzende Hermann Heß (stehend) sowie seine Mitarbeiter im Vorstand (v.l.n.r.) Matthias Dietz, Frank Renner, Jochen Flohrschütz, Harald Hofmann und Michael Faber konnten ein positives Interesse bei den Besuchern feststellen. Auch neue Mitglieder konnten geworben werden.!

von 20,6% der Jugendlichen gewünscht. Peinlich für die „Berufsjugendlichen“ unter den Politikern war, daß lediglich 3% der Befragten einen „Offenen Jugendtreff“ wünschten, die gleiche Anzahl von Jugendlichen interessierte sich für ein Eislaufstadion! Die Wünsche der Ju-

gendlichen waren ansonsten sehr weit gestreut: von einem Cafe (5%) über kulturelle Veranstaltungen (2,3%) bis zum Skatepark, Musikkneipe und McDonalds reichte der Wunschkalender. Auch ein Biergarten und ein Zeltplatz wurden gewünscht.

Der Stadtjugendtag wurde von 73% der Befragten als gut befunden, lediglich 18% waren der Meinung, daß er überflüssig sei. Frappierend hingegen war die Antwort auf die Frage, ob man öfters Konzerte für Jugendliche wünsche. Hier erklärten 89,7% der Befragten zwar, daß sie dies begrüßen würden, lediglich 5% waren dagegen, allerdings zeigte das Ergebnis am Abend genau ein umgekehrtes Verhältnis: Gähnende Leere vor guten und insbesondere teuren Bands war die Quittung für die angeblich so heiß gewünschten Veranstaltungen.

Wenn für über 3 000,- DM auf Stadtkosten Kapellen bestellt und bezahlt werden müssen, dann aber nur eine so geringe Anzahl von Jugendlichen ihr Interesse dazu bekundet, dürfen sie sich nicht wundern, wenn der Stadtrat das nächste Mal einer solchen aufwendigen Aktion kritisch gegenübersteht.

Beim Freibad waren die Meinungen durchaus nicht so einhellig, wie eigentlich erwartet wurde: 59% der Jugendlichen fand das Freibad jetzt besser, aber immerhin knapp 20% der Jugendlichen fanden es schlechter, ebenfalls 20% erklärten, daß sie dort sowieso nicht hingehen und deshalb keine Ahnung davon hätten.

Sicherlich war diese Umfrage nur ein Schlaglicht und kann nicht als repräsentativ für die Allgemeinheit angesehen werden. Andererseits ist jedoch ein solches Meinungsbild schon von Interesse, weil sich dann andere Ergebnisse herausgestellt haben, als dies gerne von den Politikern der SPD vorgegaukelt wird.

Am Rande muß noch angemerkt werden, daß eine Gruppierung, die so gerne ande-

Fortsetzung nächste Seite



Endlich ist es soweit, die Sonderschule, die Glockenbergsschule, geht ihrer Vollendung entgegen. Der Lehrbetrieb ist zum Teil bereits in den neuen Räumen aufgenommen worden. Die Schule, insbesondere der Altbau, der für teures Geld renoviert wurde, ist ein neues Schmuckstück für das Bild der Stadt. Es ist erfreulich, daß das alte Haus erhalten werden konnte und auch einem sinnvollen Zweck zugeführt werden konnte. Die Stadt Neustadt hat ein wesentliches Scherflein zu diesem Erfolg beigetragen. Neben dem Altbau und dem dazugehörigen Grund und Boden hat die Stadt eine

Million DM in bar hingelegt um damit die Sonderschüler in Neustadt zu behalten und um zu dokumentieren, daß auch eine Sonderschule zu einem gewachsenem Gemeinwesen wie unserer Stadt gehört.

Dem Rektor Eberhard Claus und seinen Lehrern sowie den Schülern wünschen wir viel Erfolg und viel Spaß in dieser neuen Schule und hoffen, daß mit dieser Schule die gute Integration der schwächeren Bevölkerungsschichten erfolgen kann. Die CSU-Stadtratsfraktion ist stolz auf den Erfolg ihres Einsatzes und freut sich auf die Einweihung der Schule am 21. Oktober.



## Gedankenlos - Geschwätzig?

Es gibt den § 355 im deutschen Strafrecht. Dort ist festgehalten, daß bestraft wird, „wer unbefugt ein fremdes Geschäftsgeheimnis, das ihm als Amtsträger bekannt geworden ist, offenbart oder verwertet“. Dieser Tatbestand scheint dem Neustädter Oberbürgermeister nicht bekannt zu sein oder aber scheint er sich nicht daran gebunden zu fühlen: Als nämlich die Stadtverwaltung Wassertrüdingen mit ihrem Betriebsausflug die Bayerische Puppenstadt besuchte, mußte der OB in aller Öffentlichkeit berichten, daß die Firma SIECOR „inzwischen zum besten Gewerbesteuerzahler der Stadt“ geworden sei. Diese Äußerung war weder notwendig, noch zulässig, da durch eine solche Äußerung das Steuergeheimnis verletzt werden kann. Der Steuerbürger, also auch die Firma SIECOR, haben das Recht, daß ihre steuerlichen Daten, die dem OB nur von Amts-

wegen bekannt geworden sein können, vor der Öffentlichkeit nicht ausgebreitet werden. Auch die anderen Firmen und Steuerzahler können natürlich durch Rückschlüsse nunmehr klassifiziert werden: Besser als SIECOR? Bei der Gewerbesteuer geht dies angeblich nicht, wenn man dem OB Glauben schenken darf.

Es ist schon traurig, wenn man in Neustadt mittlerweile soweit gekommen ist, daß durch Gedankenlosigkeit oder Schwatzhaftigkeit die elementaren Regeln einer ordnungsgemäßen Verwaltung verletzt werden können!

Bleibt zu hoffen, daß dieser „Ausrutscher“ ein einmaliges Ereignis bleibt, allerdings gibt es Stadträte, die behaupten, daß dies nicht das erste Mal sei, daß solche Indiskretionen aus dem Bereich der Verwaltung oder des Stadtrats gekommen seien.

- 91 -



Das SIECOR-Werk in Neustadt ist ein Hoffnungsschimmer für das Grenzland. In diesem Werk werden Glasfaser-Kabel gefertigt, die für die Zukunft der Entwicklung der Kommunikation von großer Bedeutung sind. Nach Aussage des Neustädter Oberbürgermeisters ist das SIECOR-Werk „der größte Steuerzahler der Stadt“. Wir wünschen dem Werk viel Erfolg und keine weiteren Indiskretionen!

Fortsetzung

### Neustädter Jugend - unzufrieden?

re Jugendgruppen schulmeistert und angeblich „beobachtet“ durch Abwesenheit glänzte:

*Wo waren sie eigentlich, die ach so eifrigen und immer für das Wohl der Jugendlichen eintretenden Jungsozialisten?*

Nicht nur, daß sie bisher noch nicht in der Lage waren, der JUNGEN UNION auf ein Angebot eines Fußballspiels gegeneinander zugunsten eines karitativen Zweckes einzugehen, auch beim Stadtjugendtag glänzte diese angeblich so aktive und personenstarke Gruppe durch Abwesenheit und Inaktivität. Hoffentlich haben sie sich nicht durch „Beobachtung der JU“, die sie ja öffentlich ankündigten, so verschlissen, daß sie keine Kräfte zur Teilnahme mehr hatten!

- 29 -



## Paß doch auf!

Da gibt es in Neustadt einen Stadtrat, der sich traut der Stadtverwaltung vorzuwerfen, daß sie nicht entsprechend den Beschlüssen des Stadtrates handelt: J. W. Heike hatte am 16. Mai dieses Jahres mehrere Unfälle im Bereich des Marktplatzes zum Anlaß genommen, die Beseitigung oder zumindest die deutliche Kenntlichmachung der Stufen am Marktbrunnen und vor dem Gasthaus Eckstein zu verlangen. Er wies dabei darauf hin, daß geh- und sehbehinderte Mitbürger an diesen Orten stark gefährdet wären, weil die Stufen völlig überraschend und noch dazu in gleicher Farbe keinerlei Vorwarnung ausstrahlen würden. Es dauerte bis zum Hochsommer (und mehrere Stürze von Neustädter Bürgern) bis die Verwaltung endlich reagierte.

Bei einer Stadtbegehung der Frauenunion, an der Stadtrat Heike als Berichterstatter teilnahm, hatte er erneut auf diesen Mißstand hingewiesen und gefragt, wann endlich die Stadtverwaltung reagieren würde. Jetzt reagierte die Verwaltung und versah die Treppenstufen am Brunnen, die bis dahin nicht gekennzeichnet waren, mit einem gelben Leuchtband.

Im Rahmen dieser FU-Veranstaltung beschwerten sich auch die Damen bei dem Stadtrat, daß das neue Marktplatzpflaster keinesfalls „damenfreundlich“ sei. Insbesondere die bei Damen immer beliebten Stöckelschuhe würden hier Gefahren für die Trägerinnen bedeuten. Nachdem dies so in den Zeitungen berichtet worden war, gab es einen Leserbrief, der eigentlich für sich gesehen ein trauriges Bild von der Einstellung des Schreibers vermittelte:

Sinngemäß erklärte der Schreiber, daß man noch nie so gut über den Marktplatz hätte laufen können, wie jetzt, man im übrigen besser aufpassen solle!

Abgesehen von der Tatsache, daß der Schreiber sicher noch nicht selbst mit Stöckelschuhen über diesen Markt gelaufen ist (oder doch?), muß der Hinweis, daß man eben besser aufpassen solle, doch nur zu dem Schluß führen, daß jeder immer und allzeit voll konzentriert sein müsse. Hoffentlich wird der Leserbriefschreiber niemals selbst unachtsam sein oder bei der Beobachtung seiner Kinder oder Enkelkinder abgelenkt werden, auf einem Rollstuhl angewiesen sein oder einer Sehhilfe bedürfen. Dann nämlich wird er es sich vielleicht überlegen, ob es nicht besser ist immer wieder auch Rücksicht auf die Schwächeren zu nehmen!

PS: Seit der Anbringung des Leuchtbandes sollen nach Informationen der Nachbarn keine Stürze mehr vorgekommen sein. Es wäre erfreulich, wenn dies so bliebe!

*Auffällig, aber nicht störend, ist der gelbe Markierungsstrich am Marktplatzbrunnen. Offensichtlich hat diese einfache und preisgünstige Lösung geholfen die Gefahr für die Bürger zu verkleinern.*

Herausgeber:

Jürgen W. Heike, Arnoldplatz 9, 8632 Neustadt b. Coburg  
Verantwortliche Redakteure:  
Arno Bätz, Bernhard Häfner, Gerhard Knoch, Dr. Hans Motschmann, Erich Müller, Jürgen Petrautzki, Leonhard Weitz.



## Schlechte Propheten

Politiker sollen im allgemeinen ja gerne davon ausgehen, daß ihre Wähler schnell vergessen. Andererseits sollten aber Politiker nicht vergessen, daß Wähler sehr wohl sich erinnern können, oder aber auch erinnert werden sollten!

In den vergangenen Tagen fand im Bundestag die Debatte über den Haushalt 1989 statt. Ein Anlaß, bei dem die Opposition grundsätzlich die Regierung kritisiert und ihre Alternativen darlegen sollte. Im Herbst 1988 waren dies jedoch für die SPD schwarze Stunden: Wenige Tage nach dem großen Parteitag, bei dem die „Quotenfrauen“ die verdienten „Parteisoldaten“ (Apel und Glotz) verdrängten, erwartete man eigentlich Vorschläge und Alternativangebote der SPD. Doch den Knaller dieser Debatte gab es schon einen Tag vorher: Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Hans Apel, einer der letzten Vertrauten des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, warf das Handtuch und verzichtete auf seine Funktionen in der Fraktion. Daß Apel offensichtlich doch ein nicht so leicht zu ersetzender Rhetoriker war, bewies nun die Debatte zur Haushaltslage. Mäkeln und Meckern, keine Alternativen, der Versuch diese nicht vorhandenen Alternativen mit Schmähungen und Beleidigungen gegenüber der Bundesregierung zu vertuschen, waren die einzigen meßbaren Ergebnisse der Debatte für die Opposition. Diese hat es allerdings auch nicht leicht, da die Regierung, trotz aller Unkenrufe von gewissen Journalisten und Opposition einiges vorzeigen konnte:

- 800 000 neue Arbeitsplätze
- 3,9% Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 1988
- 8% Einkommensanstieg für den Bürger in 1986 und 1987
- deutliche Steuererleichterungen für Familien ab 1986
- Preisstabilität seit mehr als vier Jahren
- allgemeine Anerkennung der Leistung der Regierung auch im Ausland.

Diese Liste könnte man beliebig verlängern, wobei, auch dies hatte Bundeskanzler Kohl sehr deutlich gemacht, die Frage der Arbeitslosigkeit in Deutschland von erheblicher Bedeutung sei. Dies ist das einzige „Klassenziel“, daß nicht erreicht wurde. Man sollte aber auch in diesem Zusammenhang nicht vergessen, wie es zu diesen Zahlen kam: In den 13 Jahren der sozialliberalen Koalition wurden weit

über eine halbe Million Arbeitsplätze vernichtet. Nach der „Wende“ sind mittlerweile in weniger als 8 Jahren neue Arbeitsplätze für 800 000 Bürger dieses Landes geschaffen worden.

Nicht die Regierung, sondern die Wirtschaft schafft zwar Arbeitsplätze, das Klima für eine erfolgreiche und im Interesse aller Bürger expandierenden Wirtschaft muß jedoch die Politik und damit die Bundesregierung schaffen. Dies ist gelungen.

Vergessen wir nicht, daß auch im Coburger Land im Jahre 1982 führende SPD-Politiker erklärten, daß sie, wenn die Bundesregierung Kohl so weitermache, mit über drei Millionen Arbeitslosen rechnen. Schlechte Propheten? Oder vielleicht typische Vertreter der SPD-Linie: Angstmachen, Zweifel säen, Unruhe schüren, weil keine eigenen Alternativen vorhanden sind!

- 9 -

## Die Geisel Arbeitslosigkeit

Seit Beginn der Christlich-liberalen Koalition im Bund tut sich die linke Seite mit der Kritik schwer: Sicherlich gab es eine Reihe von verschiedenen Angriffen gegen die Regierungspolitik, aber sowohl in wirtschaftlichen Fragen, in Diskussion um die Inflation und vielem anderen hatte die Opposition kein großes Glück: Die Wende war hier von der Bundesregierung tatsächlich geschafft worden!

Es bleibt allerdings, zum Glück für die Opposition, immer noch das Dauerthema Arbeitslosigkeit. Sicher, wenn zwei Millionen und mehr Bürger in der Bundesrepublik keine Arbeit haben, so ist dies auf den ersten Blick schlimm. Wenn man aber genauer hinschaut, kann man doch verschiedene Überraschungen feststellen:

Zunächst einmal muß die Arbeitslosenstatistik selbst einer Überprüfung unterzogen werden. Wie bei jeder Statistik muß auch hier der Hintergrund berücksichtigt werden. So ist es zum Beispiel falsch, wenn man glaubt, daß hier zwei Mio. Arbeitslose auf Dauer vorhanden seien. Richtig ist vielmehr, daß zwischen zwei und drei Mio. Menschen jedes Jahr in neue Arbeitsplätze vermittelt werden, also es sich um wechselnde Personen handelt, die dieses „Heer der Arbeitslosen“ darstellen. In dieser großen Zahl sind auch eine ganze Reihe von Jugendlichen erfaßt, die, weil sie ihren Wunschberuf noch nicht erhalten haben, eine „Warteschleife“ drehen. Auch bei vielen Frauen ist weniger der Wunsch nach Arbeit, sondern vielmehr der Blick auf ihre Rentenbiographie entscheidend, sich arbeitslos zu melden. Auch Vorruheständler müssen zunächst erst einmal als arbeitslos eingestuft werden, damit sie in den Genuß des Vorruhestandes kommen können.

Die Arbeitsverwaltung geht auch davon aus, daß ca. 150 000 Sozialhilfeempfänger sich arbeitslos registrieren lassen, obwohl sie nicht vermittelbar sind. Manchmal

sollen auch Eltern die Kinder drängen beim Arbeitsamt sich zu melden, weil man sonst kein Kindergeld für sie bekommt.

Traurig ist jedoch die Feststellung der Demoskopien aus Allensbach, die bei einer Umfrage ermittelt haben wollen, daß rund 500 000 Arbeitslose als „schwervermittelbar“ angesehen werden müssen, weil sie sich nach eigener Aussage nicht um einen Arbeitsplatz bemühen wollen (17%) oder weil sie aus Gesundheitsgründen arbeitsunfähig sind (7%) oder weil sie Kinder, Behinderte oder Alte pflegen müssen (16%). Zusätzlich ermittelte diese Umfrage noch, daß 26% der Befragten aus dieser Gruppe weder das Arbeitsamt aufsuchten, noch sich irgendwo bewarben, weil sie demnächst Rentner würden, oder zur Kur gingen oder aber zur Bundeswehr eingezogen würden. 3% meldeten sich arbeitslos, ohne vermittelbar zu sein, weil sie ein Kind erwarteten.

(Fortsetzung im nächsten Neustadt-Kurier)

## Zum Schluß:

„Das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz ist ein Mißverständnis und wurde zur Lebenslüge für die Bundesrepublik“, so hat Willy Brandt vor wenigen Tagen in einer Rede erklärt.

Diese Erklärung des alternden Politikers ist es wert, an seine früheren Aussagen zu erinnern: „Verzicht ist Verrat“ erklärte einmal derselbe Mann als Bürgermeister von Berlin, und in einem Buch schrieb er 1957, daß es Pflicht aller sei, die Wiedervereinigung mit allen Kräften anzustreben.

Sind die Zeiten schon so gewandelt, daß nicht einmal mehr das Grundgesetz vor diesen Politikern sicher ist? In der Präambel des Grundgesetzes steht geschrieben: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Dem ist nichts hinzuzufügen!

- 9 -



Verkehrsleitende Maßnahme oder Verwirrung der Autofahrer: die Hinweistafeln am Eingang der Stadt sind nunmehr angebracht, sie können sicherlich eine Wegweisung sein, allerdings ist die Frage wohl erlaubt, ob hier nicht des Guten zuviel ausgeschildert worden ist. Hoffen wir nur, daß die Autofahrer, in den wenigen Sekunden, in denen sie an diesem Schild vorbeifahren, auch tatsächlich ihre Wegweisung erkennen können!